

Spendenskandal 2
Hitze Debatte in der BVV

Kritischer Geist im Bezirk 3
Bürgerliches Engagement

Klaus Lederer: Am 27. April „Nein“ Für die Zukunft der Stadt und mehr Demokratie

Eines steht fest: der 27. April 2008 wird in die Geschichte Berlins eingehen. Zum ersten Mal kommt es auf das Verlangen der Bürgerinnen und Bürger hin zu einer Volksentscheidung. Für uns, die Partei DIE LINKE, ist das auch eine Bestätigung, dass die vor zwei Jahren durch uns vereinfachten Voraussetzungen für mehr direkte Demokratie in der Praxis tauglich sind und nicht wie zuvor nur als theoretische Möglichkeit auf dem Papier stehen.

Am 27. April wird es um die Frage gehen, ob es in Tempelhof weiterhin einen Verkehrsflughafen geben soll. DIE LINKE in Berlin lehnt dieses Ansinnen ab. Denn gegen den Weiterbetrieb eines Flughafens in Tempelhof sprechen viele Gründe. In erster Linie sind das die Umweltbelastung und Unfallgefahren, aber auch wirtschafts- und stadtentwicklungspolitische Gründe.

Deshalb hätten wir uns für den ersten Volksentscheid auch ein anderes Thema vorstellen können. Eines, das sich mit den Interessen aller Menschen in der Stadt verbindet, statt einem, das die Erinnerung von

Menschen für das Gewinninteresse von wenigen privaten Airlines instrumentalisiert und das parteipolitische Kalkül der CDU gegen Rot-Rot in Berlin bedient.

Die Befürworter eines Flugbetriebs in Tempelhof um die ICAT, die CDU und den Springerkonzern versuchen den Eindruck zu erwecken, die Schließung des Flughafens sei eine Entscheidung gegen die Berlinerinnen und Berliner. Doch ein Flughafen in Tempelhof nutzt nur wenigen. Ein vom Flugbetrieb befreites Gelände dagegen bietet allen Menschen neue Möglichkeiten – für Freizeit, Erholung, Sport und Kultur, Arbeit und Leben.

Der Volksentscheid gibt den Menschen in dieser Stadt die Chance, ihre wirkliche Meinung zum Ausdruck zu bringen. Dafür haben wir lange Zeit kämpfen müssen und darum sollten wir diese Möglichkeit jetzt auch nutzen! Und deshalb werben wir dafür, daran teilzunehmen und mit „NEIN“ zu stimmen.

Als ein Zeichen für die Zukunft der Stadt und für eine lebendige Demokratie.



Klaus Lederer, Landesvorsitzender DIE LINKE. Berlin, MdA, und Yusuf Dogan, Bezirksvorsitzender DIE LINKE. Reinickendorf



Yusuf Dogan, Bezirksvorsitzender der Reinickendorfer LINKEN:

„Wer will, dass der Flughafen Tegel zugemacht wird, darf BBI nicht gefährden und muss NEIN zum Verkehrsflughafen Tempelhof sagen! Die Reinickendorfer LINKE ruft alle Bürgerinnen und Bürger unseres Bezirkes auf:

Stimmen Sie beim Volksentscheid am 27. April mit „Nein“ und für eine Zukunft des Tempelhofer Feldes für alle!



Demokratie auf dem Prüfstand

BVV debattierte Spendenskandal im Bezirksamt

Im Zentrum einer Sondersitzung der BVV am 5. März 2008 stand die Große Anfrage der SPD **„Jetzt Konsequenzen aus der Spendenaffäre der Bezirksbürgermeisterin ziehen“** (Drs.-Nr.: 0455/XVIII). Wer gehofft hatte, dass Frau Wanjura, nach Urlaub und Krankheit wieder im Dienst, nun für Aufklärung zu den zahlreichen „Unregelmäßigkeiten“ im Umgang mit Spenden in ihrem Verantwortungsbereich sorgen würde, sah sich getäuscht. Die Bürgermeisterin plauderte ausführlich über „Kosakenzipfel“ und „Zipfelmützen“, „honorige Privatleute“, „Fipps“, „grüne Zettel“ und „Erbsenzähler“. Der alles auslösende Skandal um die Spende für die „Serenade am See“ wurde weggelassen. Letztlich erfuhr der Zuhörer, dass „in zwei oder drei Fällen ... fälschlicherweise eine Spendenbescheinigung ausgestellt worden“ sei und „in weiteren drei Fällen ... sich die Dokumentation und Aktenführung als verbesserungswürdig herausgestellt“ habe, im Grunde bloße Formfehler, die zu korrigieren seien.

„Wirklichkeitsverweigerung“

Wanjura benutzte ihre Rede zu einer ungezügelten politischen Abrechnung mit ihrem Stellvertreter Peter Senftleben (für sie ein *no-name*), dem sie u.a. eine „Verletzung einschlägiger beamtenrechtlicher Vorschriften“ vorwarf. Leitende Beamte des Bezirksamtes wurden der Arbeitsverweigerung bezichtigt, was den Personalrat zu einer Protesterklärung veranlasst hatte. Senftleben nahm die Kampfansage an. So entwickelte sich ein Schlag-

abtausch zwischen der CDU und der SPD, den FDP-Fraktionsvorsitzender Vetter als „Schlamm Schlacht“ charakterisierte. „Höhepunkte“ waren die gegenseitige Aufforderung: „Machen Sie Ihren Platz frei!“ und die Drohung Wanjuras mit Ihrem Rechtsanwalt. Schwer vorstellbar, dass Bürgermeisterin und Stellvertreter danach zu einer sachlichen Zusammenarbeit zurückkehren könnten. Gewählt wird erst wieder 2011.

„Wir haben Fragen gestellt...“

...und unser Recht auf Akteneinsicht wahrgenommen“, wies Anke Petters, Fraktionsvorsitzende von B90/Grüne, den Vorwurf zurück, eine Rufmordkampagne gegen die Bürgermeisterin eingerührt zu haben. Als sie aus anonymen Schreiben an die Fraktionen zitierte, konnten sich die CDU-Verordneten kaum noch zurückhalten. Die Unruhe ist verständlich: Die Götterdämmerung im Rathaus am Eichborndamm ist auch für die CDU spürbar. Bloßgelegt wurden in den vergangenen Wochen die Mechanismen von fast 13jähriger politischer Regentschaft der „Reinickendorf-Partei“, das „System Marlies Wanjura“.

Ich finde: Wenn Demokratie Ernst genommen wird, ist das gut für den Bezirk. *Friedrich Wilhelm*

Nachtrag:

Die Senatskanzlei hat am 11. März angeordnet, dass Wanjura sich nicht mehr zur Spendenaffäre und zum Borsighafenprojekt äußern darf. Sie habe versucht, „die Aufklärung der im Raum stehenden Vorwürfe zu behindern und damit außerhalb der ... in Disziplinarverfahren gegebenen Möglichkeiten Einfluss auf die Ermittlungen zu nehmen.“

(Tagesspiegel, 18.3.2008).

Mangelhaft

In Reinickendorf gibt es neben den beiden vom Senat vorgeschriebenen Innenrevisionen keine Prüfgruppen. Eine zentrale Prüfgruppe ist politisch nicht gewünscht.

Das heißt, es gibt für vier Abteilungen einschließlich der Bauabteilung keine Routineüberprüfungen und Kontrollen. Anlassbezogene Prüfungen werden vom Rechtsamt wahrgenommen.

aus: **Bericht von Transparency International Deutschland zur Korruptionsprävention in den Berliner Bezirken, März 2008**

BVV-Splitter

17. Sitzung, 12.3.2008

Zu Beginn der Sitzung wurden zwei **Einwohnerfragen** gestellt. Ghassan Abid fragte nach der Förderung der Integration von Mitbürgern mit unterschiedlicher Herkunft, Religion und Kultur durch das Bezirksamt. M. Rohr erkundigte sich nach den Gründen für die mangelnde Aktualisierung der Termine der Ausschüsse im Internet. BVV-Vorsteher Pohl (CDU) erklärte, dass dies nicht wieder vorkommen werde, erklärte aber nicht, warum Reinickendorf nicht - wie andere Bezirke - über die Internetseite berlin.de ein Bürgerinformationssystem der BVV aufbaut.

Stadträtin Frau Schultze-Berndt (CDU) beantwortete eine Große Anfrage (GA) der SPD (Drs.-Nr.: 0376/XVIII) bezüglich der Bemühungen des Senates, die **Kosten für das Mittagessen an ganztags betreuten Grundschulen** teilweise zu übernehmen. Die CDU forderte ein kostenloses Schulesse für Kinder, deren Eltern Einkünfte auf ALG II-Niveau beziehen. FDP und Graue verlangten ein kostenloses Schulesse für alle Schüler. Die SPD setzte sich für weitgehende Mitsprache der Schulkonferenzen bei Wahl des Caterers und des Essens ein.

Anschließend wurde die GA der Grünen **„Tourismusförderung in Reinickendorf: Wie man gegen den Berliner Trend mit viel Geld Misserfolge produziert“** (Drs.-Nr.: 0411/XVIII) behandelt. Bürgermeisterin Wanjura verteidigte sich gegen den Vorwurf, bei der Planung eines Informationspavillons für Touristen Unregelmäßigkeiten und Geldverschwendung zugelassen zu haben. SPD und B90 übten daraufhin scharfe Kritik an dem intransparenten Schalten und Walten der Bezirksbürgermeisterin. *M.R.*

Ausgereizt

Das Bezirksamt hat am 26. Februar 2008 unter Berufung auf Art.18 Bezirksverwaltungsgesetz mit CDU-Mehrheit den „Ersatzbeschluss“ der BVV beanstandet, im Juni auch in Reinickendorf die Regenbogenfahne zu hissen (s. *WIR* 3/2008).

Die BVV hat daraufhin in ihrer Sondersitzung in einem Dringlichkeitsantrag wieder mit den Stimmen von SPD, B90, FDP und Grauen die Beanstandung ihres Beschlusses zurückgewiesen und eine Entscheidung der Bezirksaufsichtsbehörde beantragt. *K.G.*



Regelmäßige Informationen über die BVV finden Sie unter www.dielinke-reinickendorf.de/kommunales

Karikatur:
Klaus
Stuttman



„Der Bürger steht im Mittelpunkt – und im Weg.“

Kritische Geister - gestern und heute

Die Bernstorffstraße ist inzwischen wieder seine Heimat, in Rufweite zur Gorkistraße bzw. Alt-Tegel, der ersten Berliner Fußgängerzone. Lutz M. Böttcher, Gründer der „Bürgerinitiative für mehr Lebensqualität in Tegel“ (B.L.I.T.) testet die Grenzen der Bürokratie, ist streitbar – nimmt seine demokratischen Rechte wahr. Sehr zum Unwillen der im Bezirk politisch Verantwortlichen. WiR stellt ihn vor, beleuchtet das Engagement des Bürgers Böttcher.

Fortgehen um wiederzukommen

Vornehmlich beruflich bedingt, verschlug es ihn 1977 von Berlin ins Bergische Land - ein Koffer aber stand immer in der Heimatstadt. Groß geworden gegenüber dem Tegeler Straßenbahnhof, war das Leben in einem kleinen Ort bei Köln „immer auch irgendwie wie Urlaub“. Das Häuschen im Grünen wog aber die Nachteile, die mangelnde Infrastruktur, für geborene Großstädter nicht auf. So ging es Anfang des neuen Jahrtausend zurück zu den Wurzeln nach Tegel, in die 1977 umbenannte Bernstorffstraße. Bereit hat die Familie es nie.

Veränderungen

Zurück kam ein Mensch im „fortgeschrittenen Lebensalter“, der manches nun mit kritischeren Augen sieht, auch aus dem Blickwinkel der materiellen Unabhängigkeit. So bemängelt Lutz Böttcher die Verlotterung der Sitten im öffentlichen Straßenbild, die Verschmutzung und Zerstörung in Bussen und Bahnen, Straßen und Gebäuden, vermisst die Präsenz von Ordnungshütern und Polizei. „Auch in Tegel muss man inzwischen überlegen, wo man wann hingeht“. Zunehmende Gewalt und die Gefahr, die von der Rechten ausgehen kann, registriert er besorgt und kritisiert die gewählten Politiker, die diese Entwicklung durch teils persönliche Unglaubwürdigkeit mit befördern.

Kritischer Geist

Als Anlieger und als Bürger nutzt er den demokratisch-politischen Raum, um (nicht nur) seine Interessen zu vertreten, sucht Mitstreiter und Verbündete – allein dies ist schwer genug. Oft genug stößt er auf bürokratische Widerstände, auf „Politiker, die auf ihren Futtertrögen sitzen“, stößt auf die „Arroganz der Macht“, fühlt sich als „Bürger, der im Mittelpunkt von Politik steht – und damit im Weg“.

Bei seinem Engagement für eine grundsätzlich veränderte Verkehrsführung und Verkehrsberuhigung in Tegel, ein umweltverträgliches

Gesamtkonzept für den öffentlichen Nahverkehr, die Parkraumbewirtschaftung sowie der korrekten Anwendung des Straßenausbaubeitragsgesetzes durch das Bezirksamt stößt er an Grenzen, bleibt aber hartnäckig. Vorwürfe, er bediene sich der Polemik und argumentiere populistisch, werden genutzt, um konkrete und konstruktive Kritik abzuwehren. Betroffene werden nicht einbezogen, verbindliche Antworten auf Fragen sind selten, „Probleme werden ausgesessen. Wenn Politiker mir versprechen, sie kümmern sich, heißt dies in der Regel, ich höre nie wieder etwas von ihnen“.

Unglaubwürdige Politik

Fehlende Sachkenntnis oder auch Zuständigkeitsverweigerung und bewusste Augenwischerei sind für ihn wesentliche Gründe für die vielbeschworene Politikverdrossenheit vieler Wähler. Auch für Lutz Böttcher macht sich die Politik zunehmend unglaubwürdig, wirkt konzeptlos. „Rin inne Kartoffeln, raus aus de Kartoffeln“ - so gehe es nicht, werde bürgerschaftliches Engagement nicht befördert, leide letztlich die Demokratie. „Da dürfen sich dann die Politiker nicht wundern, wenn Wähler radikale Parteien wählen, dort ihre Interessen vertreten sehen“. Es müsse auch mehr in Bildung und Ausbildung investiert, verstärktes Augenmerk auf Erziehungsfragen gelegt werden.

Keine Illusionen

Politisch aktiv war er ja auch schon – in der SPD. Aber das ist lan-



Fotos:
Lutz Böttcher

ge her. Inzwischen ist er enttäuscht. „Nein“, sagt Lutz Böttcher, „ich bin kein Linker, eher ein Kalter Krieger. Nur das Herz sitzt noch links.“ Aber reden tut er schon mit der „anderen“ LINKEN, stößt da nun wieder auf Unverständnis im Bekanntenkreis. „Die kriegen große Augen, wenn ich denen erzähle, dass die LINKEN mir wenigstens zuhören und versuchen, meine Anliegen im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu unterstützen“. Zeit hat er nun, sich einzumischen, ist im Rentenalter, „macht ja auch Spaß“. Illusionen hat er aber nicht. „Das Bergische Land war ja schon tief-schwarz, Vetternwirtschaft allgegenwärtig. Aber was ich hier in Reinickendorf erlebe, ist schlimmer“. Die jüngsten Vorgänge in Rathaus und BVV lassen wenig Hoffnung. Aber er wird sicher weitermachen, unbequeme Fragen stellen, sich einmischen.

Es gibt sie also noch - die (im besten Sinne) Bürgerlichen, die Vorurteile und Scheuklappen ablegen, sachorientiert ihre Interessen vertreten, demokratische Strukturen mit Leben füllen - und sich von destruktiver Bürokratie nicht entmutigen lassen. Gäbe es deren mehr, müsste einem nicht bange sein.

Jürgen Schimrock

Wer die Bürgerinitiative B.L.I.T. unterstützen oder mehr Informationen haben will: Es genügt eine e-mail an:

B.L.I.T.@arcor.de,
lutz.boettcher@t-online.de oder
burkhard.lehmann@web.de

Bernstorff, Johann Heinrich Andreas Hermann Albrecht Graf von

geb. am 14. November 1862 in London, verst. am 6. Oktober 1939 in Genf; Jurist, Diplomat und Opfer des NS-Regimes. Bernstorff studierte in den USA, war 1890 als Attaché des Deutschen Reiches in Konstantinopel, 1903 Botschafter in London, ab 1906 Generalkonsul in Kairo. Von 1908 bis 1916 vertrat er das kaiserliche Deutschland in Washington, bemühte sich dort vergeblich, den Kriegseintritt der USA in den Ersten Weltkrieg zu verhindern, und war danach Botschafter in Konstantinopel. Graf Bernstorff war Ehrenvorsitzender der Deutschen Demokratischen Partei (DDP), Abgeordneter im Deutschen Reichstag und Präsident der Deutschen Liga für den Völkerbund. 1933 musste er in die Schweiz emigrieren.

Warum DIE LINKE?

Mein Schlüsselerlebnis für Politik war die Abwahl von Helmut Schmidt im Jahr 1982, die ich live im Fernsehen verfolgte. Im Laufe der Jahre kristallisierte sich eine Abneigung gegen die CDU heraus. Bei der SPD fiel mir immer öfter auf, dass in dieser Partei eigentlich drei widersprüchliche Parteien unter einem Logo hausieren gehen. Die Grünen entsprachen in den 90er Jahren programmatisch noch am ehesten meiner politischen Richtung, was sich aber in der Schröderzeit änderte. Die FDP war für mich immer nur in kleinen Teilaspekten interessant.

Zu dieser Zeit saßen Frau Pau und Frau Löttsch für die PDS im Bundestag. Beide mussten meist gegen Ende einer Debatte reden und wurden somit selten im Fernsehen übertragen. Ich holte mir Informationen

aus dem Internet und stellte einige Übereinstimmungen fest.

Auch den Zusammenschluss von WASG und Linkspartei zur LINKEN



verfolgte ich im Fernsehen. Folgende Punkte des Programms der LINKEN finde ich gut: Keine Auslandseinsätze der Bundeswehr, die Forderungen nach einem Mindestlohn, der Bürgerversicherung und der Volksabstimmung, die Vorschläge zur Daseinsvorsorge.

Bei anderen Punkten habe ich teilweise andere Vorstellungen und bei wenigen Punkten (z.B. zur EU) habe ich ganz andere Vorstellungen.

Seit Dezember 2007 bin ich Mitglied der LINKEN, um sie mit meinem Beitrag und etwas Einsatz zu unterstützen.

Andreas Scheicher,

41 Jahre, Gewerbetreibender

Leserbrief Zerstörungswut

Reinickendorf und besonders Tegel war schon immer für sein Grün bei

Touristen und Bewohnern beliebt. Doch in letzter Zeit tobt hier eine blindwütige Zerstörungswut seitens des Bezirksamts und Investoren ... Jetzt wurde auf der Hafensinsel unser schönes Biotop mit vielen Bäumen

dem Erdboden gleichgemacht (siehe Foto) ... Und warum das alles? Dort sollen Luxusvillen ... gebaut werden, was kein Anwohner hier haben möchte. Das alles muss dann natürlich auch noch autofreundlich



gestaltet werden ... Das Muster ist immer das Selbe: Entweder die CDU-Bezirksregierung zerstört selber oder sie verkauft unser Land an Investoren, um danach zu sagen: „Tut uns leid, wir haben da keinen Einfluss mehr“.

Dass sich Privatisiertes der demokratischen Kontrolle entzieht, weiß man doch vorher, aber das ist hier wohl auch so gewollt. Man hätte doch auch „was fürs Volk“ bauen können ... Es ist verrückt, statt die Attraktivität des Bezirks und den Tourismus zu fördern durch Erhalt von Grünflächen und Schaffung einer Fahrradinfrastruktur, wird hier genau das Gegenteil getan. Kann denn niemand diesen Wahnsinn stoppen?

Name der Redaktion bekannt

Impressum

Herausgegeben vom Landesvorstand Berlin der Partei DIE LINKE., V.i.S.d.P.: Yusuf Dogan

Wir in Reinickendorf wird vom Bezirksverband finanziert.

Spenden sind ausdrücklich erwünscht: DIE LINKE, Reinickendorf, Berliner Bank, BLZ: 100 200 00, Kontonummer: 4384 816812.

Hier finden Sie uns:



Roter Laden

Schloßstraße 22
13507 Berlin-Tegel

Öffnungszeiten:

Mo - Do 14.00 bis 18.00 Uhr

Di u. Do 11.00 bis 13.00Uhr

Tel.: 4373 2630

Fax: 4373 2632

e-mail:

redaktion@die-linke-reinickendorf.de

Am Rande

„Ehnen fählt die sittliche Reife!“

Wat is en Fipp? Da stelle mer uns janz dumm und sage mer so: En Fipp dat is ene...

Die BVV setzt eine Ankettkommission ein. Braun und Grün verlangen Akteneinsicht. Frau -ra droht mit ihrem Rechtsanwalt. Bernd Schulze wittert eine Verschwörung. Die Senatskanzlei greift ein. Die UNO-Menschenrechtskommission wird eingeschaltet. Guter Rat ist teuer.

Meint unsere beste Bürgermeisterin aller Zeiten etwa eine firtuelle AiPie-Adresse, die Ferkehrsbetriebe Potsdam oder vielleicht ein fasoaktives intestinales Peptid, Sie wissen schon, ein im menschlichen Ferdaungstrekt gepfundenes Hormon. Natürlich kann man nur fermuten. Handelt es sich gar um eine geheime Botschaft, die nur Eingeweihte imstande sind zu entschlüsseln?

Fragen kost nix. Denkste! Radio Jerewan passt, Kualalumpur TIEVIE auch. RTL usw. denkt nur an Jungle Kemp. Und solchen Honorationen wie Vomwinkel fällt immer nur Liechtenstein ein. Achterdingsda jubelt Fiktori, und Vlöger pfliegt tiev wegen Templehow. Klingt beinahe nach Luftbridsch. Was tun? Womit wir bei Lenin wären: Fertrauen ist besser, wenn Kontrolle stört. Oder wars andersrum. Wer weiß das schon...

Unser berühmter Kriminalist - küh frohlockt. Er sucht neuen Stoff für die 25. Reinickendorfer Kriminacht, Fiktschen natürlich, direkt aus dem Leben gegriffen. Einen zweckdienlichen Hinweis hat er schon: Ein Fipp trinkt Sekt und mag Kaviarbrötchen. Menschen, die sich um den Bezirk verdient gemacht haben, gehören nicht dazu.

Was is denn nu en Fipp? Och bloß ene jroße, schwarze Raum, der hat hinten und vorne Loch, dat eine Loch, dat ist (siehe oben). Und dat annere Loch, dat krieje mer später. „Sätzen Se säch!“

Im Protokoll der BVV-Sitzung blättern Pfeiffer und andere

Termine

23. April, 19 Uhr, „Tegeler Dialoge zur Demokratie“ („Helle Panke e.V.“) **„Nun sag, wie hast du's mit der Religion?“** Werte in der Schule und in der Gesellschaft – wer kann, wer soll sie vermitteln?“ Streitgespräch mit **Eberhard Gutjahr**, Superintendent im Ev. Kirchenkreis R'dorf, und **Stefan Liebich**, MdA, DIE LINKE, Moderation: Dr. Klaus Gloede, Eintritt: 1,50 Euro ... im Roten Laden